

Ein offener Brief in Angelegenheit der galizischen Flüchtlinge.

Wien, 20. Januar.

Beim Neujahrsempfang im Rathause hatte Oberintendant Steiner in seiner Ansprache an den Bürgermeister erklärt, es sollte durch eine Notverordnung Vorkehrung getroffen werden, daß alle nach dem 1. August v. J. aus Galizien und der Bukowina eingewanderten Flüchtlinge nach ihrem früheren Aufenthalt befördert oder anderwärts angesiedelt werden. Bürgermeister Dr. Weisirchner hatte in seiner Antwort bemerkt, der Magistrat werde der Regierung die entsprechenden Vorschläge erstatten. In dem in Wien erscheinenden polnischen Blatte „Wiedenski Kurjer Polski“ richtete deshalb Universitätsprofessor Hofrat Dr. Ernest Lill einen offenen Brief an den Bürgermeister, in dem er als österreichischer Staatsbürger gegen die Bemerkung des Bürgermeisters Protest erhebt. In dem offenen Briefe führt Hofrat Lill aus, daß die nach Wien geflüchteten Bewohner Galiziens nicht freiwillig, sondern durch die brutale Gewalt des Feindes gezwungen, die Reichshauptstadt aufsuchten, in der Hoffnung, sich hier sammeln zu können und freundlich aufgenommen zu werden. Man habe

in Wien nicht den richtigen Begriff von der Verwüstung, der Galizien im Interesse der Gesamtmonarchie auf viele Jahre hinaus zum Opfer gefallen ist. Die galizischen Flüchtlinge wünschen nichts sehnlicher, als so bald wie möglich ihre Heimat aufsuchen zu können. Die Auffassung, die an manchen Stellen Raum gewonnen habe, daß die Anwesenheit der galizischen Flüchtlinge die Ursache der Teuerung mancher Artikel ist, sei irrig. Die aus Galizien Geflüchteten haben bloß die Lücken ausgefüllt, die das Ausbleiben des Fremdenverkehrs und die Einberufung eines Teiles der stabilen männlichen Einwohner Wiens gelassen hat. Die Ursachen der Teuerung liegen in der Unterbindung der Einfuhr. Anderseits dürfte man nicht außer Acht lassen, daß die Flüchtlinge nicht ausschließlich mittellose Individuen sind. Eine Umfrage in den Hotels, Gast- und Kaffeehäusern und bei Kaufleuten würde ergeben, daß die Gewerbsleute in dieser Zeit die Flüchtlinge nur ungern missen würden, abgesehen davon, daß diese durch Inanspruchnahme der Gemeindeunternehmungen sowie durch Miete vieler sonst leerstehender Wohnungen Geld in der Stadt lassen. Der Brief schließt, daß eine Aufklärung der öffentlichen Meinung in der angeregten Richtung am besten dem kaiserlichen Handschreiben entsprechen würde, mit dem die durch den Krieg betroffenen Landstriche der besonderen Obhut der Regierung empfohlen werden.